

geben, als er eine Debatte über sie zulagte. Die Debatte soll im Herbst dieses Jahres stattfinden.

Das einzige positive Merkmal der Interpellation ist die Unterdrückung der offiziellen Begünstigung der russischen Geheimen Polizei. Die sozialistische Fraktion benutzte die Äußerung Harting-Landens und stellte die Forderung, dieser Stande ein Ende zu machen. Clemenceau gab nach. Genosse Jaurès konnte die Schandtat der russischen Polizei, ohne auf den mindesten Widerspruch zu stoßen, in der Kammer auseinandersetzen. Als er „energische Maßnahmen“ gegen die geheime ausländische Polizei verlangte, antwortete der Ministerpräsident von seinem Sitze: „C'est fait“ — es ist schon geschehen. Die Kammer billigte durch eine Abstimmung den Entschluß der Regierung, Selbstverpflichtung wird dadurch das geheime Treiben der geheimen Polizei nicht angetastet. Sie wird aber ihr Schandwerk geheim ausüben müssen, während sie früher sowas ihr trauriges Handwerk offen, öffentlich trieb. Die französische Nation ist in Fragen nationaler Würde und Unabhängigkeit sehr empfindlich. Und es muß zu ihrer Ehre gesagt werden, daß sich wenigstens in der Kammer keine einzige Stimme erhob, um im Namen der Allianz der Völkervereinigung des Terrorismus die Wirtschaft der ausländischen Polizei zu verteidigen oder zu entschuldigen. Der Antrag der Sozialisten wurde einstimmig angenommen. Sogar das bürgerliche Frankreich ist entschlossen, dem mörderischen Terrorismus keine Polizeidienste zu leisten. Fast die ganze Presse — der großkapitalistische Tempus ausgenommen — beglückwünscht die Kammer zu ihrer Haltung.

Deutsches Reich

Neue Steuererlasse.

Ein Teil der vom Reichstage bewilligten neuen Steuern wird bereits am 1. August in Kraft treten. Die gesamten Steuererlasse sollen nach erfolgter Unterschrift durch den Reichskanzler in den nächsten Tagen amtlich publiziert werden, und zwar die Reichsstempelsteuern zuerst. In Kraft treten mit dem 1. August das Brausteuererlass, die Reichsstempelsteuern mit Ausnahme der Bestimmungen über den Schenkstempel, die Kasse- und Teesollenerhöhung und die Schamweinsteuenerhöhung. Wir geben im folgenden eine kurze Inhaltsangabe dieser vier Steuererlasse:

a) **Brausteuer:** Die Brausteuer betrug bisher 4 bis 10 Mark pro Doppelhectner und soll nunmehr 14 bis 20 Mark betragen; sie bedeutet also eine bedeutende Verteuerung des Bieres. Gleichzeitig mit der Brausteuer tritt das neue Schenkstempelgesetz in Kraft, das eine Erhöhung der Biersteuern nach Inverkehrbringen zuläßt und die Schenksteuer unter den Rand des Glases legt. Die Vorschriften sind aber nicht obligatorisch für das Reich, sondern ihre Einführung bleibt den Landesregierungen überlassen.

b) **Reichsstempelsteuern:** Die Stempelsteuer richtet sich nach der Höhe der Produktion. Feuersteine und neuverarbeitete Brauersteine zahlen bis 1915 einen Zuschlag von 50 Prozent, von 1915 bis 1918 einen solchen von 25 Prozent zu der erhöhten Brausteuer. Sogar das im Haushalt bereits obliegende Bier wird mit 4 Mark pro Doppelhectner besteuert, wenn der Jahreskonsum unter 5 Doppelhectnern bleibt. Dieses Bier darf aber nicht verkauft werden.

c) **Schenkstempel:** Die Stempelsteuer für Aktien und Anleihesteine 3 Prozent, für Kupfersteine 5 Mark pro Urkunde, für inländische Renten- und Schuldverschreibungen 2 Prozent, für ausländische, die von Staaten und Kommunen ausgegeben, 1 Prozent, im übrigen aus 2 Prozent.

d) **Kalkulationsstempel:** Bei der Erneuerung der Kalons wird alle Jahre ein Stempel erhoben, der bei Aktien ein Prozent, bei Renten- und Schuldverschreibungen 5 Prozent beträgt (bei Schuldverschreibungen von Kommunen und Landschaften usw. im Inlande 2 Prozent). Befreit sind Kalons von Reichs- und Staatsanleihen sowie Hinzugs, die bei der ersten Ausgabe der Wertpapiere mit diesen in Verkehr gesetzt werden.

e) **Grundstücksteuer:** Der Stempel beträgt bei Grundstücksübertragungen 1/2 Prozent. Bis zum Inkrafttreten einer Reichsgrundsteuer, die spätestens bis zum 1. April 1912 in Kraft treten soll, wird ein Zuschlag von 100 Prozent zum Grundstückskaufstempel erhoben. Die Reichsgrundsteuer soll 20 Millionen Mark bringen, und den Gemeinden, die vor dem 1. April 1909 eine solche Steuer besaßen, soll sie von 1912 an noch fünf Jahre lang in der alten Höhe vom Reiche vergütet werden. Von 1912 an soll der Grundstücksstempel aller sechs Jahre um den Betrag herabgesetzt werden, den die Zuwachssteuer um 20 Millionen übersteigt.

f) **Erhöhung der Kasse- und Teesoll:** Es werden erhöht der Kaffeesoll von 40 auf 60, der Teesoll von 25 auf 100 M. pro Doppelhectner. Kasse und Tee, die am 1. August sich im freien Verkehr befinden, unterliegen der Nachverpflichtung (Kaffe 20 M., Tee 75 M. pro Doppelhectner). Kasse- und Teesoll sind im Haushalt unter zehn Kilogramm sind von der Nachverpflichtung befreit.

g) **Schamweinsteuer:** Die Schamweinsteuer beträgt für die Flasche bis 4 M. Preis 1 M., von 4 bis 5 M. 2 M., mehr als 5 M. 3 M. Die bekannten deutschen Marken kosten also 3 M. Steuer pro Flasche. Der Eingangssoll für Schamwein beträgt 180 M. pro Doppelhectner. Sehr kleinen Schamweinen in Privatbesitz bleiben Steuerfrei, Lagerbestände sind nachzuverfolgen.

Ein klassisches Scharfmacherdokument.

Als ob im Reichstag ein sozialpolitisches Wettrennen stattgefunden habe, meldeten sich lechzend Stimmen aus Handelskammertreibern, die ein noch langames Tempo der Sozialpolitik forderten, als ob es nicht zu beobachten ist. Statt aus der Arbeitgeberseite entnommen aber könnte die Mahnung sein, die die Vertreter der Handelskammer erklärt: Nachdem der Berichterstatter gesagt, daß die Tätigkeit der Reichstagskommission zur Beratung der großen Gewerbeordnungsnovelle „eine von Tag zu Tag wachsende Demoralisierung aller industriellen und kaufmännischen Kreise“ hervorgerufen habe, schreibt er:

„Was also im letzten Jahre in besorgniserregender Weise hinzukam, das war das scheinliche Beharren der Reichstagskommission, unter Nichtachtung aller wirtschaftlichen und aller, auch der nachfolgenden politischen Meinungen einfach die gerade im Vorbergrunde der öffentlichen Meinung stehenden „Anträge“ dieser oder jener Gruppe von Angehörigen und Arbeitern zum Beschluß zu erheben, nur um den sozialpolitischen Übergang zu befriedigen und ohne danach zu fragen, ob das Bedürfnis nach solchen Belegen dringend genug sei, um die tiefen Eingriffe in das Erwerbsleben zu rechtfertigen.“

„Auf der anderen Seite wird das Gefühl eigener Verantwortung und das natürliche Vorwärtsstreben in den breiten Schichten der Angestellten und Arbeiter durch die sich überschneidende sozialpolitische „Fürsorge“ systematisch erwidert. Wie dabei noch auf beiden Seiten bei Unternehmern, Angestellten und Arbeitern der gesunde Sinn erhalten bleiben soll, aus dem heraus allein ein arbeitstreibendes und vertrauensvolles Zusammenarbeiten aller Beteiligten erwachsen kann, darum scheint man sich im Reichstage keine Sorge zu machen. Eine von betonnen Grundfragen ausgehende Sozialpolitik sollte es sich zur Aufgabe machen, durch gerechte Abwägung der Interessen gutes Einvernehmen und Schaffungsbereitschaft zu wecken und zu pflegen. Was aber heute „Sozialpolitik“ genannt wird, bewirkt das Gegenteil und wird leider auch dazu führen, gerade die Industriellen, welche bisher noch Freunde einer staatlichen Sozialreform waren, zu ihren Gegnern zu machen, denn die Selbsthaltungspflicht wird ihnen am Ende keine andere Wahl lassen.“

Diesem Scharfmacherdokument stellen wir nur die Tatsache gegenüber, daß nach dem Bericht der rheinisch-westfälischen Textilfabrikantenvereine im Jahre 1908 der Durchschnittslohn (weibliche Arbeiter einbezogen) 888,75 M. betrug gegen 890 M. im Jahre 1907, wobei zu bemerken ist, daß in Bayern die Textilindustrie entschieden vorherrschend ist.

Kirche und Militärbehörden.

Auf ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Kirche und Militärbehörden läßt eine Zuschrift schließen, die einem jungen Manne, der im Herbst beim Militär eintreten soll, in einem vorortigen Magdeburger zuging. In der Zuschrift heißt es:

Lieber Herr . . .

Mitte Oktober werden Sie zur Garde nach Berlin einberufen werden, und da möchte ich Sie jetzt schon auf das Christliche Soldatenheim, Wilhelmstraße 34, aufmerksam machen, wo Sie Ihre freie Zeit zubringen können. Ich weiß, daß viele junge Kameraden nach Berlin gekommen sind und an ihrer Seele Schaden genommen haben, weil sie in schlechte Kameradschaft hineingelassen sind und haben dann ihren Eltern viel Kummer und Herzleid bereitet. Da will unser Soldatenheim verhüten einzuweisen und den Kameraden das Elternhaus ersparen. Der gute Besuch unseres Hauses zeigt auch, daß die Soldaten sich bei uns wohl fühlen. Wenn Sie gern nach mehr über das Soldatenheim und andere Dinge hören möchten, teilen Sie mir bitte, dies mit. Ich bin gern bereit, Ihnen zu dienen. Aus Erfahrung weiß ich, daß man bei solch wichtigem Lebensabschnitt mancherlei Fragen auf dem Herzen hat.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

M. Vertlich.

Dem bleibenden Schreiben, das hietographiert ist, also in zahlreichen Exemplaren verfaßt wird, lag ein besonders für Soldaten hergestelltes Traktatchen bei. Das Traktat trug die Bezeichnung E. M. J. M., Berlin SW., Wilhelmstraße 34, was wohl Christlicher Verein junger Männer heißen soll.

Wir nehmen es dem E. M. J. M. nicht weiter übel, wenn er Einfältige zu langen sucht und hoffen, daß er recht eindringlich auf das 5. christliche Gebot (Du sollst nicht töten) hinweist. Aber außerdem haben auch wir „mancherlei Fragen auf dem Herzen“: Woher hat er die Adressen der zum Herbst beim Militär eintretenden Rekruten? Darf die Militärbehörde einem privaten Verein diese Adressen ausliefern?

Wahlen im Reichslande.

Rein Jahr vergeht, ohne daß in Elb-Lothringen irgendwelche politische Wahlen stattfinden. Voriges Jahr fanden die Gemeinderatswahlen statt, in diesem Herbst haben sowohl Wahlen zum Landesparlament als zu den Bezirksräten stattgefunden. Der Termin für die Landtagswahlen ist bereits bekanntgegeben. Am 8. November wählen die Gemeinderäte von 20 in Betracht kommenden Kreisen aus ihrer Mitte je ein bis zwei Mitglieder in den Landtag. Diese Wahlmänner versammeln sich dann am 20. November am Kreisbauamt und wählen den Abgeordneten. Am gleichen Tage vollziehen auch die Gemeinderäte von Straßburg, Kolmar, Mühlhausen und Metz die Wahl je eines Abgeordneten. An diesen Wahlen ist die sozialdemokratische Partei nicht beteiligt. Um so energischer wird sie sich an den Bezirksratswahlen beteiligen. Wo immer die Organisationsverhältnisse es erlauben, wird in die Wahl eingetreten. Eine Reihe von Kandidaturen ist bereits nominiert. Handelt es sich hier meistens um Kandidaturen, so hoffen unsere Genossen in Mühlhausen, Süd aber bestimmt auf den Sieg. — Wie sich die bürgerlichen Parteien zur Wahl stellen werden, steht noch nicht fest. Ein allgemeines Kompromiß über das ganze Land ist wenig wahrscheinlich. Die Liberalen und Demokraten haben am Sonntag in Kolmar eine Konferenz abgehalten, in der sie sich mit der einmütigen Zustimmung befaßten. Die gestrigen Beschlüsse entziehen sich selbstverständlich der Kenntnis der Öffentlichkeit.

Stadteigentümlich Speisewagenstritt.

Der preussische Speisewagenstritt ist scharf angegriffen worden; die Eisenbahnerverwaltung kommt jetzt mit einer reichlich verspäteten Rechtfertigung heraus, der wir folgendes entnehmen:

Die eingeleiteten Erhebungen ergaben, daß ein unglaublicher Mißbrauch mit den Speisewagen getrieben wird. Unter den zahlreichen Fällen seien die krassensten hervorgehoben. Zunächst kam es vor, daß einzelne Leute, meist Frauen mit Kindern, 8 bis 10 Stunden im Speisewagen saßen, ohne mehr als eine Tasse Kaffee probiert zu haben. Andererseits wendeten Leute, die sich vor ihren Bekannten oder Verwandten, von denen sie zur Wahl gebracht wurden, schämten, 3. Klasse zu fahren, folgenden Anruf an: Sie lösten sich ein Willett 3. Klasse und ließen sich durch den Träger ihr Gepäck in ein Koffer 2. oder 1. Klasse schaffen. Sogleich nach der Abfahrt des Zuges begaben sie sich in den Speisewagen, wo sie die ganze Fahrt hindurch blieben. An der Ankunftstation ließen sie sich wieder ihr Gepäck aus der 1. oder 2. Klasse holen. Bekannte Persönlichkeiten, die sonst stets 2. Klasse gefahren waren, lösten sich Willett 3. Klasse, da sie sowieso die ganze Fahrt im Speisewagen verbrachten. Ja, sogar Offiziere, die bekanntlich nicht 3. Klasse fahren dürfen, nahmen sich Willette 3. Klasse, um sich direkt in den Speisewagen zu begeben . . .

Ein Beitrag zum Wille jener „besseren Gesellschaft“, die etwas scheinen möchte, was sie nicht ist, die sich schämt, mit der Plebs 3. Klasse zu fahren, ohne sich fortgesetzter Speisewagenprellereien zu genießen.

Kommunale Bürgermeisterwahlen.

Ueber eine städtische Wahl für einen neuen Anzug für den Bürgermeister zu Wesenberg berichtet die Rhein-Wies-Ztg.: „Es geht nicht über gutes Einvernehmen zwischen Obrigkeit und Untertanen. Meist werden beide Teile gut dabei fahren, sicherlich immer die Obrigkeit. Das beweist der Anzug des Bürgermeisters von Wesenberg. Der Anzug denkt der Leser erkannt. Jawohl und allerdings: der Anzug des Herrn Bürgermeisters. Denn das ist kein gewöhnlicher Anzug, sondern gewissermaßen ein — gutwilliges — Zeichen der allgemeinen Bürgerliebe. In den alten konnte die Frau Bürgermeisterin keinen neuen Boden mehr einlegen, auch soll der Anzug des hiesigen hiesigen Hodes bereits gefährlich mit dem Anzug ein neuer her. Ein medienwirksamer Bürgermeister kann natürlich keine „Kluft“ nicht aus der „Goldenen 110“ beziehen. So wurde ein Anzug zu 900 M. projektiert. 300 M. sind kein Pappenstiel, — aber wozu ist denn ein Bürgermeisterschuh? Dem geht nichts über einen noblen Bürgermeister — und so beschloß der Bürgermeisterschuh zu Wesenberg die feierliche Vermählung von 150 M. als Zuschuß für die neue bürgermeisterliche Kluft.“

Der Bürgermeisterschuh sollte seinem Herrn noch einen Stolz geben und dem Bürgermeister auf Steuerzahlerkosten auch ein Paar Renommierhufe laufen. Die Stiefel machen den Menschen!

Für vermehrten Hausarbeiterschutz. Im württembergischen Landtag gelangte nach eingehender Begründung durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Natourat ein Antrag zur einstimmigen Annahme, der die württembergische Regierung auffordert, im Bundesrat für Schaffung eines gesetzlichen Hausarbeiterschutzes und für

Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf dieselben einzutreten. Dieser Antrag entspricht fast wörtlich einem von der sozialdemokratischen Fraktion bereits 1907 gestellten Antrage, der inzwischen von einer Kommission beraten und jetzt vom Plenum einstimmig sanktioniert wurde.

Die Gegner der Erbschaftsteuer. In Würzburg ist die einzige Boden „ein angelegener Vorkriegs-Jahres-Ehrenämter“ — wie die dortige Lokalpresse distinkt mitteilt — gekorben, der zu den Gegnern der Erbschaftsteuer gehört. Er hatte allerdings Grund dazu. Denn nicht müßte die Erben 35 000 M. an das Vermögen zahlen, wenn die Hinterlassenen der Kapitalrentensteuer, die sich der Verfallens aus Liebe zum Vaterland zuwenden kommen ließe.

Ein nationalliberaler Vertretertag für Württemberg nahm Stellung zu der gegenwärtigen politischen Lage und nahm eine Resolution an, in der das schwäbische Volk in Stadt und Land zu energischem Kampfe gegen den die nationalen Interessen schädigenden ultramontan-klerikalen Block aufgefordert wird. — Am Sonntag folgte diesem Vertretertag eine große nationalliberale Versammlung in Göttingen, in der der Reichstagsabgeordnete Prof. Sieber sprach. Er wendete sich gegen die bauerntüchtigen Führer, die gegen die Erbschaftsteuer unter den Bauern agitieren wollten, und nannte sie „berufsmäßige Demagogen“. Im übrigen rühmte er die Volkspolitik nach, daß sie die bürgerlichen Parteien, die auf nationalen Boden kämpfen, einander gegenüber habe. Nationale Politik, erklärte er mit erfreulicher Offenheit, könne im Reich nur getrieben werden, wenn Ultramontanismus und Sozialdemokratie im Reich wieder gehalten würden. Die Schuld der Konterrevolution liege es, wenn jetzt durch Verfall des Blockes die Stoskraft des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie wieder gelähmt worden sei.

Heil dem Hehl. Wie schon kurz gemeldet, legte der konterrevolutionäre Freireich v. Hehl sein Mandat in die Hände der Vertrauensmänner jurid. Der Freireich hat damit die Wähler nicht umsonst umgangen. Das Mandat wurde ihm wieder, allerdings ist dies Vertrauenspotium der Vertrauensmänner von fragwürdiger Güte. Denn von den 500 Erbkunden verließ ein Drittel vor der Abstimmung den Saal, ein Viertel protestierte bei der Abstimmung durch Eigenbleiben und nur die nur noch übrig bleibende Hehl-Armee gab dem Vereinfachung das Mandat wieder. Wird Hehl nach dieser blamablen Komödie nun endlich die Wähler betrogen?

Ein Hamann-Rachipiel. Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Professor Schmitz in Charlottenburg und den Journalisten Walter Steinhoff ein umfangreiches Ermittlungsverfahren wegen Verleumdung des Geheimrats Hamann angeordnet. Schon im Januar dieses Jahres hat Staatssekretär v. Schoen auf die Anfrage eines Abgeordneten im Bundesrat erklärt, daß die gegen den Wirklichen Geheimen Legationsrat Hamann erhobenen Beschuldigungen unbegründet seien, und daß er als Abgeordneter des angegriffenen Beamten gegen die Befehliger Strafantrag stellen werde. Auch Geheimrat Hamann hat in seinem eigenen Namen Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Die Ehrenbeleidigungsfrage richtet sich gegen den Journalisten Walter Steinhoff, der eine Brochüre über den Fall Hamann geschrieben hat, die nach ihrem Erscheinen konfisziert wurde, und gegen den Professor Bruno Schmitz, von dem angenommen wird, daß er Steinhoff das Material zu seinen Angriffen geliefert hat.

Kleine politische Nachrichten. Der französische Ministerpräsident Clemenceau wurde in Paris nachts auf der Straße von einem Individuum mit dem Stocke tödlich bedroht. Ein Gehilfen ergriff den Attentäter und brachte ihn zur Wache, wo es ihm herausgeholt, daß es sich um einen Zeitungsvorkäufer handelte. — Zu halbamtliche Beigrader Blatt Samovar Prava veröffentlicht ein Kommuniqué, das sich in scharfen Ausdrücken über die Haltung des Reichspräsidenten und des Oberstaatsanwalts im Karamer Prozess beklagt und in dem es heißt, Serbien könnte sich genötigt sehen, die Frage der Ehrenhaftigkeit seines Vorkämpfers gegenüber der Nachbarmonarchie und umgekehrt einem internationalen Gerichtshof zu unterbreiten und zugleich die öffentliche Meinung über die weiteren Bewegungen des Prozesses und der Art, wie er geführt wurde, aufzuklären. — Das Goldrukenwesen breitet sich im Innern Serbiens, besonders aber im Vojvodiner Gebiet, in erschreckender Weise so aus, daß der Minister des Innern einen Kommissar zur Untersuchung der Raubereien entsendete. Der Goldruken Anbiello Milovanovich bildet eine gutorganisierte Raubbande bei Gradiška. Die Bevölkerung lebt in beständiger Angst. Anbiello ermordete in den letzten Tagen mehrere Personen, darunter zwei Gendarmen. Der entlassene Kommissar Tobosovitch verlangt vom Minister des Innern eine größere Anzahl Gendarmen, damit er rascher gegen die Raubbande vorgehen könne. — Der Correio della Sera veröffentlicht Äußerungen des Verlegers des vertriebenen Don Carlos, nach denen in den letzten Tagen Nachrichten über die immer mehr fortschreitende Auflösung der farlinkischen Partei in Spanien eingetroffen seien. Insbesondere wurde in diesen Mitteilungen betont, daß sich viele Anhänger der Bildung einer konservativen Partei und Anerkennung König Alfons XIII. erklärt hätten. Durch die heftige Erklärungen zufolge dieser Mißbräuche sei der Schlaganfall Don Carlos' verursacht worden.

Der „außerordentliche Schuß“ für Petersburg ist bis zum 20. Januar 1910 verlängert worden. — Anlässlich des Streiks auf dem Standard Steel Car-Werke in Gumbora (Pennsylvania) wurde die Polizei von der Schutzwache Gebrauch. Viele Personen wurden verletz. 13 Streikführer wurden verhaftet. Die Polizei will bei den streikenden Arbeitern Dynamit entdeckt haben. Die Staatsbehörden trafen Vorkehrungen zur Aufklärung von Schnellfeuer-geschüssen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Gegen den Nahrungsmittelwucher.

Brag, 19. Juli. Gegen die Lebensmittelerhöhung fand gestern auf dem Gewerkschaftsplatz eine Versammlung der Sozialdemokraten statt, an welcher 10 000 Personen teilnahmen. Nach Schluß der Versammlung durchzogen die Teilnehmer die Straßen der Stadt unter Protestrufen gegen die Regierung und die Agrarier.

Textilarbeiterdemonstration.

Brag, 19. Juli. In Raab sammelten sich Tausende von Textilarbeitern an, die demonstrierend durch die Straßen zogen. Als sie zur Bezirksbauhinrichtung marschierten, machten 50 Gendarmen eine Klippe mit gefülltem Bajonett. Viele Personen, darunter 30 Frauen, wurden verhaftet.

Balkan.

Zur Kretsfrage.

Saloniki, 19. Juli. Die hiesige Zentralkommission des jungtürkischen Komitees richtete an die französische, englische, italienische und russische Regierung ein Rundschreiben, worin verlangt wird, daß das Gewerkschaftsrecht der Türkei auf Kreta nicht nur formell, sondern auch ausdrücklich anerkannt wird.

Athen, 19. Juli. Die freiliche Note hat unter der Bedingung Griechenland einen viel ungünstigeren Eindruck hervorgerufen als in der Türkei. Die Ministerkrise — wie berichtet, wurde Theodoris geführt und zum Nachfolger Radis ernannt — hatte kleinere Reserven und Zusammenstöße in Athen und anderen großen Städten zur Folge.

Das jungtürkische Regiment.

Konstantinopel, 19. Juli. Dreizehn Würdenträger des alten Regimes wurden heute feierlich hingerichtet. Unter den dreizehn Aufgehängten befinden sich General Duluss, die Oberster Mourti und Ismail, Generaladjutant Mehmed, General Beddiel-Pachad und Scheich-Baddeit.